

## Virtuelles Interview mit Robert Guttman

Ende Februar 1998 führte die Zeitschrift Capital, Nature, Socialism (CNS) per Internet ein »virtuelles Interview« mit Robert Guttman, einem in New York lehrenden Ökonomen, das wir im folgenden dokumentieren. Die Fragen stellte James O'Connor.

*CNS:* Im Januar hielt Finanzminister Robert Rubin eine Rede, die die Forderung Präsident Clintons, der Kongreß möge zur Rettung der asiatischen Ökonomien mehr Geld für den IWF bewilligen, rechtfertigen sollte. Rubin erklärte, daß die Ursache der Asienkrise in der »engen Verzahnung von Regierung, Banken und Aktiengesellschaften« sowie in den »grundlegend unsoliden Investitionen der Aktiengesellschaften, die auf unsoliden Krediten der Banken beruhten«, läge, wobei dies alles von den asiatischen Regierungen vorangetrieben oder gesteuert würde. Was die Ereignisse noch verschlimmern würde, wären die ausländischen Investoren, die »eine außerordentliche Kapitalmenge in diese fehlerhaften Systeme pumpen, ohne die damit verbundenen Risiken einzukalkulieren.« Was denken sie über diese Einschätzung? Sie scheint mir eher eine Beschreibung denn eine Erklärung zu sein und die strukturellen Widersprüche der Weltwirtschaft zu ignorieren.

*Robert Guttman:* Robert Rubins Charakterisierung der Asienkrise ist äußerst interessant als Darstellung der Interessen der USA. Er konzentriert sich auf zwei Ziele: auf die Eindämmung der Krise und auf die Anwendung von Druck auf Ostasien, um zu weitreichenden Reformen in dieser Region zu kommen. Was das erste Ziel anbelangt, muß Rubin einen zögernden Kongreß davon überzeugen, daß die Krise in Ostasien so ernst ist, daß sie ein systemgefährdendes Risiko für die Weltwirtschaft einschließlich den USA darstellt und daß sie daher vom IWF als der globalen »Zentralbank« kontrolliert werden muß. Historische Beispiele, wie etwa das Versagen Großbritanniens, angemessen auf die europäische Bankenkrise von 1931 zu reagieren, oder der Zusammenbruch des Systems von Bretton Woods 1971 am Ende der Pax Americana, machen deutlich, daß Finanzkrisen von solchen Ausmaßen gefährlich sind und eingedämmt werden müssen, bevor sie eine Chance erhalten, außer Kontrolle zu geraten. Deswegen will die USA den IWF stärken. Die nahezu 120 Mrd. Dollar, die der IWF Thailand, Indonesien und Südkorea zubilligte, haben bisher ein ernstes Loch in die Reserven des Fonds gerissen, und zwar eines, das, sollte sich diese Krise auf

andere wachsende Märkte ausbreiten, zu einer Verknappung von verleihbarem Kapital führen kann. Wenn die USA nicht ihren Beitrag dazu leistet, den IWF mit mehr Geld zu versorgen, werden andere Länder ebenfalls geneigt sein, ihren Verpflichtungen nicht mehr nachzukommen. Eine Ablehnung des Regierungsvorhabens würde dem Rest der Welt signalisieren, daß der Kongreß zum Isolationismus zurückkehrt; ein alarmierendes Signal, das die Krise vertiefen könnte. Soll man in einem Moment, wo die Weltwirtschaft wieder einmal vor dem Abgrund eines kumulativen Prozesses von Verschuldung und Deflation steht, der zu einem strukturellen Zusammenbruch der Nachfrage führen könnte, das britische Beispiel von 1931 wiederholen?

Das zweite Ziel der USA zeigt sich in Rubins Ansicht, die Krise würde aus einem falschem Entwicklungsmodell resultieren. Dieses »asiatische Modell« der beschleunigten industriellen Entwicklung ist nach Auffassung der USA und des IWF schuld an der Krise, weil es auf einem großen Vertrauen in die staatliche Steuerung des Kredits und der Ressourcenallokation beruht. Offensichtlich wird mit dieser Interpretation die Absicht der USA gerechtfertigt, jegliche Unterstützung durch den IWF und die USA von strukturellen Reformen abhängig zu machen, die die starke Hand der Regierung durch Marktmechanismen ersetzen. In dem Maße wie diese Reformen die asiatischen Wirtschaften dazu zwingen, sich stärker einem »westlichen« Kapitalismus anzupassen, würden sie es den amerikanischen Investoren erleichtern, sich Zugang zu einem immer noch relativ geschützten Markt zu verschaffen.

Bedenkt man, daß internationale Wirtschaftsbeziehungen nicht zuletzt auch Machtverhältnisse zwischen Nationalstaaten ausdrücken, sind die USA hier in einer starken Position, um ihren Einflußbereich in dieser heiß umkämpften Region Ostasiens auszudehnen. Dort wurden für Dollar-Investoren Ressourcen und Vermögenswerte aufgrund der Abwertung der inländischen Währung und der Deflation der Vermögenswerte außerordentlich billig. Nach der massiven Kapitalvernichtung und dem Kapitalabfluß während der letzten Monate wurden in Ostasien verzweifelte Anstrengungen unternommen, das ausländische Kapital zu halten. Nachdem sich die Regierungen dieser Region am »heißen Geld« (den kurzfristigen Finanzanlagen) die Finger verbrannt haben, sollten sie langfristige, produktive Investitionen von multinationalen Konzernen vorziehen, die weniger anfällig sind.

Die Vorstellung des Finanzministeriums geht dahin, daß die asiatischen Ökonomien mit weitreichenden Reformen, die die Marktmechanismen stärken, schnell wieder hohe Wachstumsraten erreichen werden. Doch kann das Wachstumspotential dieser Wirtschaften genauso gut auf die kulturellen Eigentümlichkeiten des asiatischen Modells wie eine hohe Sparrate, die starke Betonung der Erziehung, eine relativ egalitäre Einkommensverteilung

lung und auf den nicht zu leugnenden Erfolg der aktiven Industriepolitik durch die jeweiligen Regierungen zurückgeführt werden.

Rubins Verallgemeinerungen ignorieren, wie tief verwurzelt und wie hoch differenziert die Institutionen, Konventionen und der Konsens in jeder dieser sehr alten Gesellschaften sind. Es gibt große Unterschiede z.B. zwischen Südkorea und Indonesien. Weil die Regierung unterstellt, daß die kulturellen Abweichungen nur gering sind, scheint sie zu glauben, daß alte und ziemlich geschlossene Gesellschaften einfach aus ihren Strukturen herausgerissen werden können und dann wieder zum Wirtschaftswachstum zurückkehren würden. Die aufflammenden gesellschaftlichen Unruhen in einigen der betroffenen Länder, wie z.B. Südkorea und Indonesien, und ihre zwangsläufig nationalistische (und antiamerikanische) Tendenz, werden deutlich machen, daß diese Vorstellung falsch ist.

CNS: Walden Bello hat geschrieben, daß der IWF und die Weltbank die Schuldenkrise und die globale Rezession der frühen 80er Jahre als Rammbock benutzten, um die Wirtschaften Ostasiens zu zwingen, ihre Handelspolitik und die Möglichkeiten für ausländische Investitionen zu liberalisieren. Er schrieb, daß das Plaza-Abkommen von 1985 (in dem versucht wurde, das amerikanische Handelsdefizit durch eine Aufwertung des Yen abzubauen) Japan dazu veranlaßte, seine Anstrengungen zu verdoppeln, ein regionales Produktionssystem in Ostasien aufzubauen, das die Region mit einer ausreichenden Liquidität versorgte und das dazu tendierte, das Projekt der USA und des IWF zu unterlaufen. In den späten 80er und den frühen 90er Jahren versuchte die USA daher, die Exportmärkte und die Investitionsmöglichkeiten in dieser Region auf andere Weise auszudehnen, z.B. durch Druck auf die asiatischen Länder, das in der Uruguay-Runde ausgehandelte GATT-Abkommen zu erfüllen; durch Handelsauseinandersetzungen etwa mit Südkorea und durch Bestrebungen zur Schaffung der APEC (Asia Pacific Economic Cooperation). Nach Waldens Einschätzung besteht das zentrale Ziel der gegenwärtigen Politik der USA und des IWF (heute) nicht darin, die Banken zu retten oder die Regierungsausgaben zurückzuschrauben, sondern eher darin, den Protektionismus im Handel und bei den Auslandsinvestitionen und den Interventionismus zurückzudrängen. Das IWF-Unternehmen scheint daher auf die Förderung der amerikanischen Exporte und Auslandsinvestitionen (einschließlich des Kaufs bestehender Unternehmen zu günstigen Preisen) abzielen. Eine wichtige Frage ist daher nicht, ob die IWF-Rettungsaktion Asien schaden oder helfen wird, sondern ob sie die amerikanischen Exporte und Investitionen in Asien steigern wird, wenn sich die finanzielle Situation in Asien stabilisiert hat. Diese Einschätzung stimmt mit meiner eigenen (eher unsystematischen) Untersuchung der Rolle der amerikanischen Exporte, des Außenhandels und der Investitionen seit Mitte der 80er Jahre überein. Die USA wurden insofern

stillschweigend zu einer exportorientierten Ökonomie als die amerikanischen Exporte, seit Clinton das Amt 1992 übernahm, ungefähr ein Drittel der Zuwächse des Bruttosozialprodukts ausmachten, während sie nur einen Anteil von 12% am gesamten Bruttosozialprodukt hatten. Da die Löhne stagnieren, haben die Exporte eine zentrale Rolle für das Wachstum in den 90er Jahren gespielt. In den vorausgegangenen Jahren ist demnach die Investitionsquote angestiegen, wobei ein guter Teil dieser Steigerung auf den Anstieg der Produktionskapazitäten in den Schlüsselbereichen des Exports, der Kapitalgüter im Allgemeinen und der Hochtechnologie im Besonderen zurückgeführt wird. Was halten Sie von diesen Argumenten?

*RG:* Walden Bellos Auffassung der Asienkrise als eine Möglichkeit der USA, sich in dieser Region auszudehnen, ist bestimmt realistisch. Die erheblichen Abwertungen der Währungen und die Deflation der Vermögenswerte in Ostasien haben dort die Ressourcen (in Dollar gerechnet) stark verbilligt, während sie die Ökonomien mehr denn je vom Zufluß stabilen Auslandskapitals abhängig machten. Viele amerikanische Firmen werden die Möglichkeit ergreifen, in einer Region, die über eine riesige Anzahl potentieller Verbraucher und hervorragende Arbeitskräfte verfügt, Absatzmärkte für Produkte zu gewinnen oder auszuweiten. Während es richtig ist, daß die amerikanische Wirtschaft in den vergangenen Jahren vom exportbedingten Wachstum noch abhängiger geworden ist, werden die amerikanischen Expansionsanstrengungen in Ostasien aufgrund des krisenbedingten Rückgangs der Konsumnachfrage in dieser Region für einige Zeit eher durch Direktinvestitionen multinationaler Konzerne als durch Exporte bestimmt werden. Wenn sich die asiatischen Wirtschaften wieder erholt haben, werden auch die amerikanischen Exporte in diese Länder schnell wachsen. Diese Aussicht wird durch die verstärkte Präsenz der USA als Produzent in dieser Region bekräftigt.

Zweifellos sehen sich die USA jetzt veranlaßt, aggressiv auf marktöffnende Maßnahmen zu drängen, die von den ostasiatischen Regierungen bisher verweigert wurden. Die USA haben durch die Krise bereits eine Übereinkunft über Bankdienstleistungen erreicht, die ihnen das gibt, was sie seit Jahren vergeblich durchzusetzen versuchten, nämlich den gleichberechtigten Zugang ihrer Banken zu diesen Märkten. Diese Entwicklung kann den führenden amerikanischen Banken ermöglichen, sich maßgeblich an der Kontrolle des Kreditsystems dieser schuldenabhängigen Wirtschaften zu beteiligen; damit erhalten sie eine strategisch wichtige Machtposition in den örtlichen Ökonomien, die den Verlust des Ansehens und der militärischen Präsenz der USA in dieser Region ausgleichen kann. Es ist zu erwarten, daß die USA andere Maßnahmen zur Öffnung der Märkte vorantreiben werden, daß sie den Zusammenbruch der Kartelle ausnutzen werden und daß sie sich durch einen »gesteuerten Handel« amerikanische Marktanteile

in Bereichen wie der Luftfahrt und der Telekommunikation sichern werden.

*CNS:* Was ist mit der Konkurrenz zwischen der USA und Japan in dieser Region? Und wo paßt China in das Ganze?

*RG:* Diese Konkurrenz besteht im Pazifischen Raum schon lange. Japan spielt hier offensichtlich eine Schlüsselrolle, sowohl aufgrund seiner Größe als auch seiner Stellung als wichtigster Gläubiger seiner geplagten Nachbarländer. Wie Japan seine eigene Krise bewältigen wird, hat einen erheblichen Einfluß auf die anderen Länder in dieser Region, und daß es bisher keine großen Fortschritte gemacht hat, war ein hauptsächlich Faktor für die kumulative Dynamik dieser Krise. Die relative Schwäche Japans zeigte sich vielleicht am deutlichsten, als es die Schaffung eines von Asien kontrollierten Hilfsfonds vorschlug; eine Idee, die aufgrund der Ablehnung durch die USA und den IWF kurz darauf ad acta gelegt werden mußte. Genau in diesem Moment wurde jede Alternative zum Krisenmanagement der USA und des IWF, die das sogenannte »asiatische Modell« hätte bewahren können und die weniger brutale Anpassungsprogramme mit sich gebracht hätte, wirkungsvoll blockiert.

Daß die USA und Japan um die Vorherrschaft in dieser Region wetteifern, wurde auch schon in den matten Jahren der Bush-Administration deutlich. In diesem Zusammenhang müssen wir uns an den Sicherheitspakt erinnern, den die USA mit Japan und seinen Nachbarn unterhält. Dieses Relikt aus den Kalten Krieg wurde auch nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion aufrechterhalten, nicht zuletzt weil es auch mit den ökonomischen Beziehungen zwischen Japan und den Vereinigten Staaten zu tun hat: die USA dulden die aggressive Handels- und Investitionsstrategie Japans gegenüber seinen Nachbarn im Pazifischen Raum, dafür finanziert Japan das Handels- und Budgetdefizit der USA. Dieses Arrangement ermöglichte den USA, der weltgrößte »Konsument in letzter Instanz« zu bleiben; ohne dies wäre die globale Überproduktion und der Druck der Spirale von Verschuldung und Deflation, die wir jetzt wahrnehmen, schon früher und in einer schlimmeren Weise aufgetreten.

Wir dürfen auch nicht vergessen, daß die Region über eine dritte Macht verfügt, nämlich China. Die Chinesen haben vielleicht die gegenwärtige Krise selbst in Gang gesetzt, als sie vor vier Jahren ihre Währung um 35% abwerteten, um eine erfolgreiche exportorientierte Strategie in Gang zu setzen. Nach Jahren außerordentlich schnellen Wachstums befindet sich China jetzt mitten in einem beschleunigten Reformprozeß, der sich auf die Privatisierung und Rationalisierung der maroden Staatsunternehmen und auf die Umgestaltung des Bankensystems konzentriert. Chinas Regierung hat offensichtlich versucht, sich vor den Auswirkungen der Asienkrise zu schützen, indem sie die Abwertung der Währung vermied (und die Bin-

dung des Hong-Kong-Dollars an den US-Dollar unterstützte). Es ist sicherlich erwähnenswert, daß China und Taiwan, dem es ebenfalls gelungen ist, sich von der Krise abzusichern und sie als eine Möglichkeit zur Ausweitung seiner Stellung in der Region zu nutzen, kürzlich erste Schritte zur Verbesserung ihrer Beziehungen unternahmen. Während China als Sieger aus dieser Krise hervorgeht (vorausgesetzt, es kann seine Währung verteidigen), könnte seine Stellung in der Region dadurch bedroht werden, daß die strategisch wichtigen chinesischen Emigrantengruppen in Malaysia, Singapur und Indonesien vielleicht bald zur Zielscheibe von offiziell geduldeten Angriffen radikaler Nationalisten werden.

Wie auch immer die Krise ausgehen wird – ob es nun zu einer regionalen Depression, die gesellschaftliche Unruhen bewirkt, oder zu strukturellen Reformen oder zu einer Kombination von beidem kommt – die Region könnte am Ende eher weniger (denn mehr) von den USA abhängig sein. Als die USA nach Reformen in Richtung auf mehr Markt riefen, setzten sie auch die Demontage von Staatsapparaten in Gang, die geholfen hatten, die jeweiligen Länder als antikommunistische Klientelstaaten in einem regionalen Sicherheitspakt zusammenzuschließen. Der aufkommende Riß in diesem Pakt wird insofern einen starken sozialökonomischen Druck herbeiführen, als diese Länder wahrscheinlich – aufgrund der Abwertung ihrer Währungen und einer schmerzhaften Restrukturierung – einen erheblichen Konkurrenzdruck auf schon gesättigte globale Märkte ausüben werden.

*CNS:* Bis hierher sieht es aus wie eine kapitalistische Überproduktionskrise. Vielleicht ist dies auf dem globalen Niveau das größte Einzelproblem, über das Rubin nicht spricht oder nicht sprechen kann.

*RG:* Ich stimme mit Ihnen überein. Wir haben eine klassische Überproduktionskrise. Das außergewöhnliche Wachstum in dieser Region in den letzten fünfzehn Jahren gründete sich auf einen beschleunigten Aufbau von industriellen Kapazitäten, einer aggressiven Ressourcenballung und günstigen Märkten für japanische, amerikanische und sogar europäische Multis, die sich in globale Produktionsnetzwerke verwandelten. Abgesehen von Kapital und Technologie, das von multinationalen Konzernen geliefert wird, wurde das nationale Kapital dazu benutzt, um Produktionskapazitäten in Bereichen mit hoher Wertschöpfung zu entwickeln. Nachdem die ostasiatischen Nationen ihre nationalen Währungen einmal an den Dollar gebunden hatten, wurden sie außerdem zu sehr attraktiven Investitionszielen für transnationale Banken und öffentliche Investoren aus den Zentren der Triade (USA, Japan, Deutschland). Dieser Kapitalfluß in die Region wurde aufgrund der sich schnell ausbreitenden Euphorie, die ein beschleunigtes ökonomisches Wachstum mit sich bringt, dann schnell zu einem Selbstläufer. Das Wachstum der asiatischen »Tigerstaaten« trug zu den globalen Überkapazitäten in den Schlüsselbereichen bei, die zuerst die jüngst entwickel-

ten (und verhältnismäßig kleineren) Staaten treffen könnten. Wie die erhebliche Verringerung in ihrem eigenen Exportwachstum schon 1996 deutlich machte, wurden die kleineren Ökonomien der Region sicherlich durch die aggressiven, auf Export gegründeten Wachstumsstrategien Japans und Chinas erdrückt. Zur gleichen Zeit flossen Importe in ihre Märkte, die nicht zuletzt durch zunehmend überbewertete örtliche Währungen begünstigt wurden, die an einen hochfliegenden Dollar gebunden waren. Es war dieses wachsende außenwirtschaftliche Ungleichgewicht zwischen abnehmenden Exporten und explodierenden Importen, das eine regionale Währungskrise gerade zu dem Zeitpunkt herbeiführte, als das schwächste Glied – der thailändische Baht – Anfang Juli 1997 brach.

*CNS:* Damit wird nahegelegt, daß die Währungs- bzw. die Außenhandelskrise das brisanteste und gefährlichste Element in der Gesamtkrise ist. Aber wie steht es um den Zusammenhang von Währungskrise und der eigentlichen Finanzkrise in der Region?

*RG:* Berücksichtigt man die Menge des beteiligten spekulativen Kapitals und dessen Mobilität, dann können Währungskrisen immer drohen. Währungskrisen, die zum Zusammenbruch regionaler Übereinkommen innerhalb der Triade führen (z.B. die Krise des europäischen Währungssystems von 1992-1993), sind äußerst gefährlich, da sie Spekulanten eine Reihe von Angriffspunkten bieten und dabei eine Abwertungskonkurrenz unter voneinander abhängigen Volkswirtschaften auslösen können. Wir haben gesehen, daß sich in den vergangenen Monaten genau ein solcher Prozeß mit einer verblüffenden Schnelligkeit in einem Radius von Korea bis Indonesien abgespielt hat.

Die asiatische Währungskrise von 1997/98 ist in ihrer Schwere insoweit einzigartig, weil sie die Spitze des Eisbergs einer weitaus ernsteren Finanzkrise von systemgefährdendem Ausmaß darstellt. Die erwähnte Überproduktion, die die grundlegende Ursache der Krise ist, war, wie dies oft in solchen Situationen ist, durch einen parallel verlaufenden Prozeß der Überdehnung des Kredits vorangetrieben worden. Transnationale Banken lenkten eine Menge Leihkapital auf Dollarbasis in die Region; diese Gelder transferierten die inländischen Banken dieser Länder in hochverzinslichen Anlagen in den lokalen Währungen. Institutionelle Anleger, insbesondere amerikanische Fonds, nutzten die ostasiatischen Wertpapiermärkte als zusätzliche Anlagesphäre. Dieser Kapitalzufluß nährte spekulative Schwindelgeschäfte (z.B. in Immobilien- und Aktienmärkten), die die inländische Geldschöpfung beschleunigten und zu einem sehr hohen Verschuldungsgrad der lokalen Unternehmen führte. Bald gab es überschuldete Kreditnehmer, die neue Kredite benötigten, um die alten zu bedienen, und die immer abhängiger von kurzfristigen Krediten wurden. Die Währungskrise explodierte genau dann, als sich die Anzeichen für Probleme bei der Schul-

denbedienung in einer zunehmenden Anzahl von Ländern verdichteten.

Als die Spekulanten anfangen, die Währungen Ostasiens anzugreifen, begannen die institutionellen Anleger aus den lokalen Wertpapiermärkten in den Dollar zu flüchten. Dieser zusätzliche Druck der Anleger ließ die Kapitalbasis der schon angeschlagenen Industrieunternehmen noch weiter erodieren und verschlechterte den Stand der lokalen Währungen gegenüber dem US-Dollar noch weiter. An diesem Punkt der Krise begannen die Dinge außer Kontrolle zu geraten. Weil sie sich gegen die Währungsrisiken nicht geschützt hatten, sahen sich die lokalen Kreditnehmer jetzt mit Verbindlichkeiten auf Dollarbasis konfrontiert, denen lediglich Vermögenswerte in lokalen Währungen, die rasant an Wert verloren, gegenüberstanden. Dieses Ungleichgewicht hat das Potential einer sich beschleunigenden klassischen Verschuldungs-Deflationsspirale, weil lokale Firmen und Banken verzweifelt Vermögenswerte liquidieren und lokale Währungen verkaufen, um ihren Bargeldverpflichtungen nachzukommen.

*CNS:* Jetzt ist es Ende Februar. Hat die Krise bereits ihr Ende erreicht?

*RG:* Nein. Die Neigung zur Panik, die ganze Länder an den Rand des Abgrunds führen kann, ist so intensiv, weil ein Mangel an Transparenz herrscht und es an verlässlichen Informationen über die Zahlungsfähigkeit der zweifellos überschuldeten Kreditnehmer fehlt. Viele von ihnen, und wir reden hier über die führenden Firmen Koreas, Thailands oder Indonesiens, können bereits zahlungsunfähig sein oder akuten Liquiditätsproblemen ins Auge sehen. Ihre Probleme haben auch den inländischen Kreditgebern insoweit geschadet, als die meisten Länder der Region ein Bankensystem haben, das zu stark gelähmt ist, um handlungsfähig zu sein. Die Lösung dieser Probleme – eine Voraussetzung für erneutes Wachstum in der Region – ist aufgrund des Mangels an Aufsichtsbehörden und der Abwesenheit bewährter Finanzstandards für Banken, deren Verleihpraxis üblicherweise durch informellen Druck der Regierung kontrolliert wurde, kompliziert.

*CNS:* Kann diese Krise eine globale Krise werden? Und wenn ja, kann sie der IWF stoppen?

*RG:* Zum ersten Mal seit August 1982, als mit der drohenden Zahlungsunfähigkeit Mexikos die Schuldenkrise der Entwicklungsländer begann, sind wir am Rande einer globalen Finanzkrise, die das weltweite Wachstum untergräbt. Wie sich diese Krise entwickeln wird, hängt davon ab, wie gut die Akteure mit ihren Auswirkungen umgehen. Eine zentrale Rolle beim Krisenmanagement spielt der IWF als der einzige internationale »lender of last resort«. Seit die Währungskrise am 2. Juli 1997 mit der verpfuschten Abwertung des thailändischen Baht begann, ist der IWF selbstverständlich sehr aktiv gewesen. Aber es gibt zunehmende Anzeichen dafür, daß es der IWF dieses Mal ungewöhnlich schwer haben wird, eine gefährliche Fi-



nanzkrise zu stabilisieren.

Ein Problem, mit dem der IWF konfrontiert wird, ist die beispiellose Reichweite notwendiger Rettungsmaßnahmen, die für mehrere Länder gleichzeitig in Gang gesetzt werden müssen. Die Kapitalflucht aus der Region und das Verschuldungsniveau, das in absehbarer Zeit nicht abgebaut werden kann, sind beide – historisch betrachtet – so erheblich, daß die Ressourcen des IWF ausgedehnt werden mußten. Vor allen Dingen haben die drei bisherigen Rettungsmaßnahmen des IWF (für Thailand, Südkorea und Indonesien) 120 Mrd. Dollar verschlungen, was dem Fond weniger als die Hälfte dieser Summe für zukünftige Maßnahmen läßt. Die Hindernisse, die durch die linke wie die rechte Opposition im Kongreß einer Refinanzierung des IWF in den Weg gelegt werden, sind enorm. Der IWF könnte die globalen Kapitalmärkte anzapfen, indem er seine eigenen Wertpapiere emittiert, aber dies wäre erheblich teurer.

Die Arbeit des IWF wurde auch dadurch erschwert, daß viele der kritischen Schulden Ostasiens aus dem privaten Bereich stammen. Der IWF hat versucht, mit dieser neuen Herausforderung fertig zu werden, indem er die Regierungen ermunterte, die Verschuldung im privaten Bereich zu nationalisieren und/oder Neuverhandlungen über Schuldenabkommen zwischen den transnationalen und den lokalen Banken aufzunehmen. Beide Optionen wurden im Fall Südkorea versucht. Aber beide bewirkten eine Verminderung der Transparenz, der öffentlichen Aufsicht und der Befolgung internationaler Standards für Finanzgeschäfte.

Daß dritte Problem, mit dem sich der IWF konfrontiert sieht, betrifft die Art und Weise der Anpassungsprogramme und der strukturellen Reformprogramme, die er den Nutznießern dieser Rettungsaktion aufbürdete. Der »Marktfundamentalismus« des IWF, zugunsten einer Zurückdrängung der staatlichen Interventionen, der Deregulierung der Industrie und der Verringerung des inländischen Lebensstandards waren schon vor dem Ausbruch der Asienkrise heftig umstritten. Die moralischen Implikationen einer weiteren Verarmung von Millionen bereits relativ armer Menschen sind sicher bedenklich. Die typischen IWF-Sparmaßnahmen sind aber, abgesehen von ihrem unmoralischen Charakter, auch einfach schlechte Wirtschaftspolitik, insbesondere dann, wenn sie gleichzeitig auf mehrere Nachbarstaaten angewendet werden. Nicht nur unterstützen sie den deflationären Druck, wenn die Ökonomien schon durch die Kapitalflucht und die Kreditrationierung in Mitleidenschaft gezogen sind. Sie schaffen auch ein sehr schwieriges Umfeld, in dem die umstrittenen strukturellen Reformen ausgeführt werden müssen. Wie kann man von Regierungen erwarten, die Arbeitsmärkte zu deregulieren, wenn dies Massenentlassungen beinhaltet? Die Preiskontrollen zurückzudrängen, wenn massive Währungsabwertungen inflationäre Schocks hervorrufen?

Der IWF muß sich des jeweiligen kulturellen und sozioökonomischen Kon-

textes, in dem seine Interventionen stattfinden, bewußt sein. Ist dies nicht der Fall und wird statt dessen für alle Fälle dasselbe Rezept bereitgehalten, dann wird der IWF fortfahren, dieselbe Art von Fehler zu machen wie gegenüber Indonesien: dort ging er zu hart gegen das Bankensystem vor und löste wegen fehlender Sicherheiten für die Depositen eine Panik aus, die zu einer verheerenden Einschränkung der Kreditvergabe führte, die sogar gesunde Unternehmen und Banken lähmte.

Schließlich wird sich der IWF mit einem Problem zu beschäftigen haben, mit der sich jeder »lender of last resort« auseinandersetzen muß. Das ist die Tendenz der Kreditgeber in Erwartung größerer Gewinne auch größere Risiken einzugehen, als sie es ohne einen »lender of last resort« tun würden, weil sie wissen, daß sie gerettet werden, wenn die Dinge schief laufen. Der einzige Weg, einem solchen »moral hazard« zu begegnen, ist eine zunehmende Kontrolle (und ein besserer Zugriff auf relevante Daten) seitens des IWF, oder, wie Henry Kaufmann kürzlich vorschlug, eine neue multinationale Regulierungsagentur, die darauf spezialisiert ist, Kapitalflüsse, Bankstrategien und Schuldenstrukturen auf der ganzen Welt zu verfolgen. Wenn der IWF ein solches Frühwarnsystem installiert hätte, sollte er imstande sein, hinter den Kulissen Druck auf Kreditnehmer und Kreditgeber auszuüben und damit einem gefährlichen Trend in Richtung Überschuldung zu begegnen noch bevor der Punkt erreicht ist, an dem der aufgeblähte Kredit zusammenbricht. Wenn der IWF ein Land aus der Krise führt, dann sollte er fordern, daß auch die Kreditgeber einen Anteil an den Verlusten und an den Anpassungslasten tragen.

*CNS:* Auf was müssen wir kurz- und mittelfristig noch gefaßt sein?

*RG:* Die Asienkrise bestätigt wieder einmal in einer dramatischen Weise die inhärenten Krisentendenzen des Kapitalismus, die Tendenz zu Überproduktion und Überschuldung. Heute können sich diese Prozesse auch jenseits der Grenzen der Nationalstaaten entfalten und ganze Regionen erfassen. Solche regionalen Krisen, ob sie nun die Entwicklungsländer verwüsten wie in den 80er Jahren, das europäische Währungssystem desintegrieren wie in den frühen 90er Jahren oder ob sie den Aufschwung unter den asiatischen »Tigerstaaten« zum Kollabieren bringen, besitzen insbesondere dann das Potential zu einer ernstzunehmenden Destabilisierung der gesamten Weltwirtschaft, wenn sie nicht eingedämmt werden können.

Durch die in den vergangenen Wochen auf den Aktien- und Devisenmärkten Ostasiens sichtbaren Anzeichen von Stabilität haben wir zum ersten Mal seit Monaten einen Anlaß, etwas optimistischer zu sein, vor allem, was eine Ausweitung der Krise auf andere Regionen, etwa Rußland und Brasilien, betrifft. Es gibt auch Anzeichen dafür, daß Japan sich vielleicht endlich bei der Art und Weise der fiskalischen Anreize und der Neustrukturierung seines Bankensystems engagieren wird; das ist nötig, um die staatli-

che Aktivität wiederzubeleben und den Druck auf seine angeschlagenen Nachbarn zu vermindern. Wenn beide Annahmen zutreffen, dann wäre das Schlimmste vorbei. In diesem Fall werden die ostasiatischen Ökonomien eine schmerzvolle Rezession durchmachen, sich in ein paar Jahren aber auch wieder erholen. In diesem Fall wird die Auswirkung der Asienkrise auf den Rest der Welt begrenzt sein.

Dieses ziemlich optimistische Szenario geht von der Annahme aus, daß die ostasiatischen Volkswirtschaften ausreichend Zugang zu neuen Krediten haben werden, um die Importe zu finanzieren, die für ihre exportorientierte Wachstumsstrategie notwendig sind. Anderenfalls wird eine Erholung sehr schwierig, wenn nicht gar unmöglich sein, weil das IWF-Regime eine lediglich auf die Binnennachfrage gestützte Erholung ausschließt. Wenn diese Länder mit ihren exportorientierten Strategien aber einmal Erfolg haben, dann werden sie unvermeidlich innerhalb der ökonomischen Schlüsselbereiche Druck auf ihre europäischen und amerikanischen Nachbarn ausüben. Was wir daher erwarten können, ist eine Intensivierung globaler Konkurrenz und damit auch eine Verstärkung des Trends hin zu einem neuen Konkurrenzkapitalismus auf globalem Niveau.

Wahrscheinlich kann sich diese neue Phase in der Evolution des Kapitalismus stabilisieren, wenn der gegenwärtige Prozeß der industriellen Restrukturierung zur Schaffung globaler Oligopole in den Schlüsselsektoren der Wirtschaft führt. Voneinander abhängige Oligopole sind bei Vorliegen von Überkapazitäten für standardisierte Produkte tödlichen Preiskriegen ausgesetzt. Deflationärer Druck stellt daher eine reale Bedrohung für die heutige Weltwirtschaft dar, wie dies der kürzliche Rückgang im amerikanischen Warenpreisindex oder der nachhaltige Rückgang des amerikanischen Produktionspreisindex bewiesen hat. Dieser Gefahr kann nicht mehr einfach durch eine expansive Fiskalpolitik, der sich die meisten Regierungen heutzutage aufgrund ihrer für eine »Deficit-spending«-Politik zu geringen Kapazitäten verschließen, oder durch eine permissive Geldpolitik, die auf Kosten der Vermögensbesitzer gehen würde, entgegengewirkt werden. Bei dem hohen Verschuldungsniveau, das in vielen industrialisierten Ländern sowie in den Schwellenländern existiert, trägt eine Deflation die Gefahr in sich, daß unter Druck geratene Kreditnehmer dazu gezwungen werden, Vermögensbestandteile zu verkaufen, deren Wert gleichzeitig stark sinkt. Dieser kumulative Prozeß von Deflation und Verschuldung ist gefährlicher als eine inflationäre Form der Krise.

Wenn wir wirklich glauben, daß die Asienkrise die erste richtige Krise einer neuen Epoche, nämlich eines global agierenden Konkurrenzkapitalismus ist, dann ist die geeignete Lektion aus dieser Krise die, daß wir neue Institutionen benötigen, die sich mit dem deflationären Hang dieses Systems beschäftigen. Dafür sind aber, wie ich glaube, zwei entscheidende

Veränderungen in der herrschenden Sicht der Dinge notwendig. Die eine ist die Einsicht, daß der IWF, so wie er gegenwärtig beschaffen ist, die anstehenden Aufgaben nicht länger bewältigen kann. Wir benötigen einen wirkungsvolleren »lender of last resort«, der stärker auf Frühwarnsignalen und auf präventiven Interventionen beruht. Die Fähigkeit zur schnellen Reaktion sollte durch eine einheitliche multilaterale Aufsichtsbehörde, Transparenz und Regeln für die Finanzbuchhaltung der nationalen Banken unterstützt werden, möglicherweise auch durch einen neuen globalen Bankregulator und Maßnahmen gegen spekulative Zuflüsse »heißen Geldes« (eventuell so etwas wie die Tobin-Steuer oder unilaterale Maßnahmen wie hohe Reservesätze für Anleihen, die in ausländischer Währung denominiert sind). Die zweite Veränderung im orthodoxen Denken, die notwendig wäre, betrifft die Deflation und die Notwendigkeit, diesem gefährlichen Phänomen entgegenzuwirken. Statt immer nur zu fordern, den Gürtel enger zu schnallen und die Reduzierung des Lohnniveaus zu begünstigen, brauchen wir, um ein minimales Niveau der Konsumnachfrage aufrechtzuerhalten, das Gegenteil: eine koordinierte staatliche Belebung der Wirtschaft und internationale Arbeitsstandards, die es zulassen, daß man sich auf dem Weltmarkt den Konsumnormen der Mittelschichten annähert.